

Danziger Zeitung.

Nr. 6509.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen kgl. Postanstalten angenommen. — Preis pro Quartal 1 Rg. 20 Sgr. — Auswärts 1 Rg. 20 Sgr. — Instrate nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer und Rud. Moos; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Das Abonnement für die „Danziger Zeitung“ pro Februar und März beträgt für heisige 1 Thlr. 5 Sgr., für Auswärtige 1 Thlr. 10 Sgr.

Exped. der Danziger Zeitung.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.
Offizielle militärische Nachrichten.

Angelkommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 31. Jan. Die Abantgarde der 14. Division erreichte am 29. Januar die Queue der französischen Armee und warf sie unter Erfüllung der Dörfer Sombacourt und Chaffois, auf Pontarlier (Dep. Doubs) zurück. Der Feind verlor 6 Geschütze und etwa 3000 Gefangene. Im Norden und Westen Frankreichs ist die Durchführung des Waffenstillstandes im Gange.

von Podbielski.

Angelkommen 2½ Uhr Nachmittags.

Bern, 1. Februar. Dem Bundesrath ging folgende Mitteilung zu: "Der Übergang der Bourbaki'schen Armee, etwa 80,000 Mann stark, auf schweizerisches Gebiet ist heute erfolgt." Der Bundesrat forderte die Kantone auf, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Die Franzosen werden auf die einzelnen Kantone verteilt.

Angelkommen 2½ Uhr Nachmittags.

Bordeaux, 30. Jan. Gambetta sandte an die Präfektur ein Telegramm, wonach er entschlossen ist, bis zur Ankunft des Regierungsmitgliedes aus Paris den Status quo aufrecht zu erhalten. Die Ankunft dieses Regierungsmitgliedes sei nahe bevorstehend, dochselbe sei wahrscheinlich vergangene Nacht schon abgereist. Sobald er von dem Betreffenden Mitteilungen erhalten habe, werde er seine Entschließungen bezüglich seiner Politik fundieren; schließlich fordert er auf, im Vertrauen zu beharren. — Ein ferner Telegramm Gambettas vom 30. Jan., Mittags, fordert die Präfekten auf, in der Einübung der mobilisierten Nationalgarde in ihren Departements fortzufahren. Jede Unterbrechung wäre ein schwerer Fehler in der Zeit der Waffenruhe, welche letztere für die Vertheidigung des Landes unverzüglich nutzbar zu machen die höheren Verhältnisse gebietetlich verlangen. — Die Blockade der ganzen Küste ist aufgehoben.

Schwerin, 1. Febr. Dem Vernehmen nach wird der Großherzog von Mecklenburg am 8. Februar e. hier eintreffen und einige Tage hier verweilen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 31. Januar. Die Pariser Centralregierung hat telegraphisch nach Bordeaux erklärt, das Mandat der Regierungsdélegation außerhalb Paris sei erloschen. Alle Geschäfte, welche die Delegation seit dem 29. d. M. gefaßt habe, seien nur gültig, wenn die Centralregierung sie billige. (B. B. C.)

London, 31. Jan. Gute Vernehmung nach hat Gladstone die Erklärung abgegeben, daß die französische Regierung seit der Mission Thiers' nicht mehr um die Anerkennung seitens der britischen nachgefragt habe. — Die englische Post ist gestern nach Paris abgegangen; dieselbe war von einem Attache der französischen Botschaft begleitet. — Die "Times" meint,

Z Die Nibelungen von W. Jordan.

In dem zweiten Prolog Wilhelm Jordans setzte der Dichter die Recitation seines Werkes unmittelbar fort. Die Vorzüge und Schwächen der Arbeit traten diesmal noch merklicher hervor. Vielleicht nur deshalb, weil der Zuhörer mit der fremdartigen Form vertrauter geworden, das Gedicht selbst unbefangen auf sich wirken lassen konnte. Aber von dem Endruck kommen wir auch heute nicht loskommen, daß nur glänzende Einzelheiten es sind, welche interessant und wertvoll; in seiner Behandlung zerfließt der Stoff d. m. Dichter nicht selten unter den Händen, wir müssen Abhängigkeiten, Einschübe, Malereien mit hinnehmen, die den Begriff epischer Breite nicht eben glücklich und geschmackvoll erläutern. Uns will fast scheinen, als ob gerade den Vorzügen des Dichters das Epos auch seine Schwächen verdeckt. Jordan fühlt das Talent in sich, mit der größten Anschaulichkeit zu schildern. Wo er durch ein auch im Epos nothwendiges Maßhalten dasselbe einschränkt, da ist er großer Wirkung gewiß. Aber leicht verschlägt ihn Bewegung zu einer Ausführlichkeit, die manierirt erscheint, dem Zuhörer wohl noch mehr als dem Leser. Einzelheiten waren denn auch diesmal von nahezu vollendet Schönheit. So die Schilderung des Waldebens, die poetisch gedachte und künstlerisch ausgeführte Sonnenfinsternis, welche während des an dem Helden vollführten Mord s. das Gestirn verdunkelt, dem Siegfried entflammen soll.

Weniger geschickt duktus in dem stern ghorten Abschnitte des Epos auch die Gefahr v. in jedem, w. Ich jedem modernen Dichter bei der Behandlung dieses Stoffes erwachsen muß. Es gibt, wie bei der dramatischen oder epischen Bewegung historischer Stoffe, auch hier eine Grenze, welche die dem Dichter gewährte Lizenz nicht überschreiten darf. Die Gestalten des großen altdutschen Nationalepos liegen in ihren Hauptzügen so fest und scharf da, daß diese auch der neuere Bearbeiter nicht verändern darf, der im Nebrigen frei schaffend, umbildend, erweiternd keine

dass die Zahl der Anhänger des Friedens in Frankreich seit der Capitulation von Paris fortwährend zunehme. Der Verkehr auf der französischen Nordbahn wird erst in einigen Tagen eröffnet werden.

— Aus Versailles wird vom 30. d. gemeldet: Die Noth ist in Paris sehr groß. Die Herbeisoffnung von Lebensmittel mittelst Eisenbahn ist sehr erschwert, da die meisten Eisenbahnen durch Sperrungen seitens der Franzosen im Laufe des Krieges unterbrochen worden sind. Einsteigen versteht die deutsche Armee die Stadt aus ihren eigenen Vorräthen mit dem Nothwendigsten.

London, 31. Januar. Die für heute anberaumte Sitzung der Konferenz hat wegen Unwohlsinns Lord Granville's nicht stattgefunden. — Einem Telegramm der "Times" aus Versailles vom 30. d. zufolge veröffentlicht das "Journal officiel" in Paris den Wortlaut der Capitulationsbedingungen. Farre soll die preußischen Beläden ersucht haben, den Eintritt in Paris zu erschweren. Die Postverbindung wurde wieder eröffnet. Die Deutschen haben Viehtransporte in die Stadt hineingeschafft.

Bern, 31. Jan. Nach einem Telegramm des Bünds aus Brunnen wird die Beschiebung von Belfort ununterbrochen fortgesetzt. — Demselben Blatte zufolge wäre es einem französischen Corps, dem 24. gelungen, südwärts zu entkommen. Der Rest der Bourbaki'schen Armee sei jedoch abgeschritten und werde gegen die Schweizer Grenze gedrängt. — Der Platzkommandant von Moreau (Arrondissement Pontarlier) hat um die Erlaubnis nachgefragt, 300 Kanone über schweizerisches Gebiet nach Lyon transportieren dürfen. Von Seiten des schweizerischen Militärdepartements soll diesem Ansuchen entsprochen sein.

Pest, 31. Jan. Hier aus Budapest eingetofene Berichte melden, daß Fürst Karl alle Vorbereitungen zur Abreise treffe. (B. B. B.)

Washington, 30. Jan. Das Repräsentantenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung mit 172 gegen 21 Stimmen eine von Butler beantragte Resolution an, in welcher Rossas und andere vor Kurzem hier eingetroffene Fenier bewilligt werden. — Der Schatzminister hat für den Monat Februar angeordnet, daß an jedem Mittwoch 2 Millionen Bonds verkauft und an jedem Donnerstag 1 Million Gold verkaufen soll.

Die Reform des Cultus-Ministeriums.

Wie als ganz sicher mitgeholt wird, hat der Cultus-Minister Herr v. Mühlner vor kurzem vielleicht eine Dimissions-Gesuch nach Versailles eingereicht, von dem Könige aber dahin beschieden worden, daß während der Dauer des Krieges ein Ministerwechsel nicht angänglich und daß er daher fürs Erste auf seinem Posten zu verbleiben habe. Da die Aufsicht eines baldigen Frieden jetzt vorhanden ist, so entsteht die Frage, was für den Fall der Wiederholung des Mühlner'schen Gesuchs geschehen soll. Es steht nicht an Namen, die für das Portefeuille des Cultus genannt werden. Doch werden auch Stimmen laufen, welche die Zweckmäßigkeit der Einrichtung eines Ministeriums für die geistlichen, Medizinal- und Unterrichts-Angelegenheiten stark in Frage stellen und eine Neugründung derselben in Vorstellung bringen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zusammenfassung der verschiedenartigen Materien, welche zur Zeit von Herrn v. Mühlner ressortieren, eines durchgehenden rothen Fadens entbehrt und daß die leichter mehr von Bufal, als von innerer Nothwendigkeit zusammengebracht sind.

Das Cultusministerium ist durch die Cabinetts-Ordre vom 3 November 1817 (III) eingerichtet, Schritte einzuknallen. Wenn er sein Gedicht "Nibelungen", folgt er dem Gang der Handlung in ihren Hauptmomenten, so wird er in gewissem Grade gebunden an die Beibehaltung der charakteristischen Züge in den Hauptgestalten, welche das Epos festgestellt. Denn durch sie wird entschieden auch die Handlung bedingt. Die Kunst des Dichters, und Herr Jordan besitzt diese Kunst, behält bei der modernen Umdichtung die große schöne Aufgabe, unserm Fühlern und Denken jene Gestalten menschlich näher zu bringen, gelungen ist diese vollständig, wenn dadurch die Urprünglichkeit jener Gestalten, Charakter und Kraft, möglichst erhalten bleibt. Das nun war nicht immer der Fall. Das Bild Hagens fanden wir schon neulich durchaus nicht glücklich verändert. Soll' immer ging es in den Scenen von des Dichters eigener Erfahrung den leidlichen Königinnen. Die moderne Sentimentalität, in welche der tödtliche Hass der beiden wilden Weiber sich auflost, läßt sich von uns sehr gut nachfühlen, erlangt an und für sich weder der Schönheit noch keiner gewissen Wahrheit. Aber die Wallüre Brünhild, jene Chriemhild, deren ganzes Sein und Denken nur noch in dem heißen unabschönen Durst nach Rache aufgeht, haben andern, dem Nibelungenlied fremden Figuren Platz gemacht. An Hagen und Chriemhild, den beiden größten Gestalten des alten Epos, aber sollte nicht rütteln, wer ein Nibelungenlied schreibt. Staire unheimig, durch nichts erschüttert, bis zum Tode gleiche Basallentreue, ebenso unerschütterliches, erbittertes, konsequentes Alles opferndes Racheduft, sind in diesen Beiden verkörpert und also hält das deutsche Volk sie fest. Jordan ist am größten da, wo sein Plan mit dem Gang des alten Gedichts zusammen geht. Dann entfaltet er die ganze Höhe seiner Begabung, interessiert nicht nur, sondern bewegt und ergreift die Hörer. Die Partien eigener Erfahrung stehen dagegen in der Wirkung fast immer weit zurück. Dann ist es die Bewunderung über des Dichters Beherrschung der Sprache, über das Gelingen der kunstvollen Form, es sind schöne

während vom 16. Dezember 1808 bis dahin die Angelegenheiten des Cultus, für den öffentlichen Unterricht und die Medizinalischen besondere Abtheilungen des Ministeriums des Innern bildeten. Durch Edikt vom 11. Januar 1819 wurden dem neuen Ministerium auch die Angelegenheiten der höchsten geistlichen Würden zugewiesen. Dasselbe besteht nun mehr aus vier Abtheilungen:

1. Die Abtheilung für die äußeren evangelischen Kirchen-Angelegenheiten, welche, nachdem in Ausführung des Art. 15 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, durch den Aller. Erlass vom 29. Jun. dess. J. der "evangelische Oberkirchenrat" eingerichtet und demselben die Leitung der inneren evangelischen Angelegenheiten übertragen ist, 1) die Regulirung des Interimsfürstums in streitigen Kirchen, Pfarr- und Küster-Bausachen, 2) die Aufsicht über die Kirchenbücher, 3) die Sorge für die Auslegung und Unterhaltung der Kirchhöfe, 4) die Aufsicht über das Vermögen der Privat-Patronatskirchen, lichen Stiftungen und Institute, sowie die Ausübung der landesherrlichen Aufsichts-Verwaltungsgeschäfte in Ansehung des Vermögens der dem landesherrlichen Patronat unterworfenen Kirchen, lichen Stiftungen und Institute, 5) die Ernennung und Bestätigung sowie die Aufsicht und Disciplin über die für die Verwaltung des lichen Vermögens anzustellenden weltlichen Kirchenbedienten zu üben hat; während sie gegen die Schweizer Grenze gedrängt. — Der Platzkommandant von Moreau (Arrondissement Pontarlier) hat um die Erlaubnis nachgefragt, 300 Kanone über schweizerisches Gebiet nach Lyon transportieren dürfen. Von Seiten des schweizerischen Militärdepartements soll diesem Ansuchen entsprochen sein.

Bern, 31. Jan. Nach einem Telegramm des Bünds aus Brunnen wird die Beschiebung von Belfort ununterbrochen fortgesetzt. — Demselben Blatte zufolge wäre es einem französischen Corps, dem 24. gelungen, südwärts zu entkommen. Der Rest der Bourbaki'schen Armee sei jedoch abgeschritten und werde gegen die Schweizer Grenze gedrängt. — Der Schatzminister hat für den Monat Februar angeordnet, daß an jedem Mittwoch 2 Millionen Bonds verkauft und an jedem Donnerstag 1 Million Gold verkaufen soll.

2. Die Abtheilung für die katholischen Kirchen-Angelegenheiten bearbeitet in höherer Instanz die inneren und äußeren Angelegenheiten des katholischen Kirchenwesens, soweit hierbei überhaupt noch verfassungsmäßig ein Überwachungsrecht des Staates besteht.

3. Die Abtheilung für die Unterrichts-Angelegenheiten, von welcher das gesamte Unterrichtswesen ohne Unterschied der Confessionen — Universitäten, Akademien, Seminare und niedere Schulen — und alle Ausstalten, Beihörden und Vereine für Kunst und Wissenschaft ressortieren. Unmittelbar sind sie unterordnet: der Conservator der Kunstdenkämler, die Commission für die Erforschung und Erhaltung derselben und der General-Inspector des Taubstummen-Wesens.

4. Die Abtheilung für die Medizinal-Angelegenheiten, zu welcher die gesamte Medizinal-Verwaltung mit Einschluß der Medizinal-, Sanitäts- und Veterinär-Polizei, die Aufsicht über die Qualifikation des Civil-Medizinal- und Veterinär-Personals, die Handhabung der Disciplinargewalt über dasselbe und die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Krankenanstalten gehören. Unmittelbar unter ihnen stehen die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen, die medizinischen und pharmazeutischen Ober-Examinateure-Commissionen, die technische Commission für pharmazeutische Angelegenheiten, die Charité und die Thierarzneischule in Berlin.

Zum Besitz des Cultusministeriums gehören noch: die Königl. Akademien der Wissenschaften und der Klüste, die Königl. Museen und das Rauch-Museum, sowie die wissenschaftlichen Anstalten in Berlin und die Kunst-Akademien in Königsberg und Düsseldorf.

Einzelheiten der Schilderung, wodurch Herr Jordan allein zu interessieren weiß.

Stadt-Theater.

*** Gastspiel des Hrn. Lebrun. — Einer Wiederholung der "Adelaide" und des kleinen Singspiels "Der Hahn im Dorfe" ging gestern "Onkel Moses" voran. Hugo Müller hat hier seinem Beethoven in der "Adelaide" ein Pendant geliefert, das aber jenes Bild an Wirklichkeit nicht erreicht. Einmal steht Moses Mendelssohn an Popularität weit hinter Beethoven zurück. Wie groß auch sein Einfluß auf seine Zeit gewesen, wie glücklich er für die Emancipation des Judentums gewirkt, und wie viel Lessing seinem Umgang zu verbauen haben mag: einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem heutigen Publikum hat er nicht mehr. Zweitens aber ist dort Beethoven in dem Mittelpunkt der generell höchst ausgeschlagten Schilderung gestellt, während hier Mendelssohn in der dramatischen Handlung nur eine Nebenperson ist, die allein dadurch in den Vordergrund tritt, daß ihr eine ausführliche Characterschilderung, die durch die Decononie des Stückes nicht bedingt wird, in den Mund gelegt ist. Dennoch ist auch dies Stück mit dem Müller eigenen Bühnengeschick gearbeitet, und es ist ein Verfasser wohl gelungen, für den alten Moses ein Interesse zu erwecken. Auch ist, wie erwähnt, hier eine dramatische Handlung, wenn auch etwas summarisch, abgewickelt. Hr. Lebrun gab den Berliner Philosophen wieder in einer bis in die kleinsten Details sorgfältig durchgeführten und frappant ähnlichen Maske. Kopf, Körperhaltung, Gebrüder, alle offenkundig durchgeführten und sprudelnden Arzneien, ebenso unerschütterliches, erbittertes, konsequentes Alles opferndes Racheduft, sind in diesen Beiden verkörpernt und also hält das deutsche Volk sie fest. Jordan ist am größten da, wo sein Plan mit dem Gang des alten Gedichts zusammen geht. Dann entfaltet er die ganze Höhe seiner Begabung, interessiert nicht nur, sondern bewegt und ergreift die Hörer. Die Partien eigener Erfahrung stehen dagegen in der Wirkung fast immer weit zurück. Dann ist es die Bewunderung über des Dichters Beherrschung der Sprache, über das Gelingen der kunstvollen Form, es sind schöne

Man wird uns Recht geben: es ist ein wunderbares und vielgestaltiges Konglomerat, das hier zu einem Ministerium vereinigt erscheint. Die Thierarzneischule, der Taubstummen-Unterricht und die Museen, die Kinderpflege und die Kunstausstellung, die Erzpriester und die Gebeamten — sie alle ressortieren von dem geistlichen sc. Minister und der Dase, der in gesundem Zustande ein Gegenstand der Fürsorge des landwirtschaftlichen Ministeriums ist, fällt erkrankt der Beobachtung des Herrn v. Mühlner anheim. Ist es da ein Wunder, wenn der letztere sich bei Beurtheilung mancher Fragen "von seinen Damen" unterliegen lassen muß?

Als der Kernpunkt des jetzigen Ministeriums muß das Unterrichts-wesen auf Universitäten und Schulen angesetzt werden. Der öffentliche Unterricht bedarf einer centralisierten Leitung durch eine fähige, sachverständige Hand. Es unterliegt daher wohl auch keinem Zweifel, daß ein selbständiges Unterrichts-Ministerium fortbestehen muß, aber bereit von den beengten Scharzen der Kirche, unverbunden mit confessionalen Einrichtungen, getrennt von den für das Unterrichtswesen gleich fremden und hindernden Elementen, die es jetzt umgeben. Dann wird man auch den Leiter des Ministeriums nicht aus den Mitgliedern des Ober-Kirchenrats, dem Herrn v. Mühlner angehört, sondern aus der großen Zahl der tüchtigen und bewährten Professoren und Pädagogen wählen, die sich die Förderung des öffentlichen Unterrichts zur Lebensaufgabe gemacht haben und ein wissliches Verständniß dafür mitbringen. Ein Dinter. Dieser Weg würde eben so gut die Universitäts-Angelegenheiten behandeln haben, als unter einem Herbart oder Böök die Volkschule dienstliche Verstärkung gefunden hätte.

Was denn aus den übrigen Abtheilungen des Cultus-Ministeriums werden sollte? — ist nicht schwer zu sagen. Die Kunst und ihre Institute müßten unter einen sachverständigen Leiter gestellt werden, der unmittelbar vom Staats-Ministerium dependirt. Seine Umhängungen und Verbindungen würden nicht den Unwillen hervorrufen, mit dem Herrn v. Mühlner's neueste Kundgebungen von Beihörten und Unbetheiligten aufgenommen sind.

Die erste und zweite Abtheilung des jetzigen Cultus-Ministeriums können ihre Geschäfte, sofern dieselben überhaupt mit Art. 15 der Verfassungs-Urkunde zu vereinigen sind, sehr leicht dem Justiz-Minister übergeben. Wenn irgendwo, so wird im Justiz-Ministerium die Stelle für einen kirchenrechtlichen Sachverständigen sein, der Streitigkeiten der Patrone mit den Eingepfarrten in letzter Instanz zu entscheiden und die Verpflichtung der Baufaust festzustellen hat.

Die Medizinalpolizei gehört zum Ministerium des Innern, mit dem sie auch jetzt schon oft genug zusammenhängt und wechselseitige Correspondenzen veranlaßt. Die Prüfung der Medizinal-Personen, die Personalien der Medizinalbeamten lassen sich demselben Ministerium mit Leichtigkeit unterordnen.

Diese im Ganzen einfachen Vorschläge würden zu einer Trennung des jetzigen Konglomerats ganz heterogener Geschäftszweige führen, den Geschäftsgang in jeder einzelnen Branche vereinfachen, die Trennung der Kirche von der Schule anstreben und die ganze tendenziöse Richtung des Unterrichts-Ministeriums zu einer Wahrheit machen.

In der jetzigen großen Zeit, die mit so vielen veralteten und nur durch die Gewohnheit geprägten Abnormitäten gebrochen hat, dürfen wir wohl vertrauensvoll die Bitte aussprechen, man möge auch

die streng dem Wesen des Characters und dem Moment der Rolle angemessene Verwendung derselben finden, ohne jedes Nachgeben an die Hinwirkung auf den bloß augenblicklichen Effekt: das macht seine Leistungen so außerordentlich anziehend; das beweist uns jeden Augenblick, daß wir einen wirklichen Künstler vor uns haben. Die übrigen schauspielerischen Kräfte griffen gestern recht beständig in die Darstellung ein. Hr. Türschmann gab den Goldstein ausdrucksstark und mit Kraft, Hr. Bauer spielte die Eiter mit wahrem Gefühl und zarter Jamigkeit; Hr. Beckmann (Blume), Hr. Präger (Eltern) und auch d. kleine Müller müssen mit Anerkennung genannt werden.

Wie wir hören, ist als Benefiz unseres Gastes "Der Kaufmann von Biedig" in Vorbereitung. Das an sich interessante Stück stellt in Durchführung der Partie des Shylocks durch Hrn. Lebrun einen ganz besonderen künstlerischen Genuss in Aussicht.

Über die Kämpfe von Dijon geht der "K. B." aus Magon vom 24. Januar ein Bericht zu, den der Berichterstatter den Mithilfungen eines leichterwundeten Garibaldischen Offiziers entnommen hat. Dieser erzählte über die Gefechte von Dijon ungefähr Folgendes:

"Der F. ind hat auf jede Ameen immer unterdrückt. Es ist wahr, daß die Organisation derselben langsam vor sich gegangen und daß sie besonders in Bezug auf Bewaffnung sehr viel zu wünschen übrig ließ. In den letzten vier Wochen hat sich die Sache aber

das Institut des Ministeriums der geistlichen, Medizinal- und Unterrichts-Angelägenheiten befehligen und ein Unterrichts-Ministerium als erstes frisches Neis auf den Organismus wiederum seiner Vergrößerung entgegen eilenden Anstrengungen Staates pfropfen.

Deutschland.

Berlin, 31. Jan. Die Bedingungen des Waffenstillstandes haben hier allseitig Beifluss erregt. Deutlich dadurch, was zuerst die Zustimmung erregte, aufgehoben: die Operationen im Süden sollen zu Ende geführt werden. Und dieses Ende steht voraussichtlich nahe bevor. Bourbaki oder sein Nachfolger hat sich durch unerklärliche Sammelgleit selbst in unsere Hände gegeben. Möglicherweise es, dass Bourbaki's Truppen durch die hergegangenen Gefechte so demoralisiert waren, dass sich mit ihnen keine großen Märsche ausführen ließen; dennoch erscheint das Benehmen Bourbaki's höchst zweifelhaft und zeigt mindestens die gänzliche Unfähigkeit dieses Generals zu einer höheren Führerrolle. Ein Blick auf die schlechteste Karte müsste den Generalstab der Ostarmee über die preußische Lage, in welche er die Truppen durch jenes unverantwortliche Bludern brachte, belehren. Am 21. besetzte Manteuffel bereits Dôle und rückte über den Doubs; am 24. wurde St. Vit und am 25. Quingey und Moucharde von den Preußen occupirt. Erst als diese im Rücken Bourbaki's liegenden Orte von den Preußen besetzt waren, dachte der französische Obergeneral an seinen Rückzug nach Besançon. Dort wird er jetzt so in die Enge getrieben, dass will er nicht gänzlich umgeschlossen werden, nur der Übertritt auf Schweizer-Gebiet ihm noch bleibt. Auf der Linie von Pruntrut standen bereits vor mehreren Tagen Kaiserliche Truppen, dort war ein solcher also, wie das auch hinterher corrigirt wurde, unmöglich. Aber in Neuenburg und Waadtland, südlich davon, lag die schützende Grenze noch offen vor den Franzosen und dorthin retirten sie wahrscheinlich in Massen. Wir übersehen jetzt die Lage der franz. Truppen, welche durch die confusen Märsche der letzten Woche etwas unklar geworden waren. Viel zu spät hat der Oberbefehlshaber dieselben um Pontarlier concentrirt, um auf dem einzigen noch offenen Wege auf Lons le Saulnier nach Süden zu retiriren. Denn damals, am 25. standen bereits auf diesem Wege nach Süden, in Arbois und Poligny einzelne Theile unseres 2. und 7. Corps. Und nun ward der einschließende Kreis immer enger. Während von Nordosten her die 4. Reserve-Division von Schmeling auf Besançon losdrückte, war das 2. Corps bis Rozerre, 4 Meilen südlich von Pontarlier vorgedrungen. Im Westen, von Dôle her machte gleichzeitig das 7. Corps einen Vorstoß auf Pontarlier, nahm dabei 2 Börder, wobei 3000 Gefangene und 2 Geschütze in seine Hände stießen. So sind die Franzosen 1½ Meilen von der Schweizer-Grenze eingeteilt und außerdem noch getrennt, denn der eine Theil der Armee hat sich auf Besançon zurückgezogen. Nur kleinen Pausen kann ein Entkommen nach dem Süden gelingen, in Besançon wird die eine Hälfte eingeschlossen und zur Capitulation genötigt werden, während die andere nach der Schweiz flüchten muss. Garibaldi ist trotz seiner Siege damit in Dijon isolirt und wird, da auch für ihn der Waffenstillstand nicht gilt, eilen müssen, sich in Sicherheit zu bringen. — Was die übrigen Punkte des Waffenstillstandes betrifft, so bleibt noch die Frage offen, ob ganz Frankreich an den Wahlen zur Constituante sich beteiligt, oder Elsass und Lothringen ausgeschlossen ist. Graf Bemerk bestand früher auf diesen Ausschluss, und der Einwand, den J. Favre gemacht haben soll, dass diese vom Kriege am meisten beimgesuchten Landesteile jedoch auch das stärkste Friedensbedürfnis zeigen würden, trifft nur zu, wenn die Constituante nur über die Frage, ob Krieg ob Frieden zu entscheiden hätte. Kommt sie aber zu den Bedingungen des Friedens, kommt sie zur Discussion der künftigen Regierungsfürst, so wird Thellnahnre oder Ausschluss von Elsass-Lothringen bei den Wahlen und bei der aus ihnen hervorgegangenen Vertretung sofort zum Präjudiz.

Berliner Sitzungen theilen das Gericht mit, dass die Rückkehr des Kaisers schon Anfangs nächste Woche zu erwarten sei. — Die „D. R. Corr.“ erklärt aus bester Quelle verstreben zu können, dass der Kaiser erst nach dem Friedensschlusse in Berlin wieder eintreffen wird.

In Hofkreisen spricht man neuerdings von

einer beabsichtigten Reise des Königs von Bayern nach Versailles, beziehungsweise nach Berlin, wenn nämlich der Kaiser von Deutschland nach der Capitulation von Paris nach Berlin zurückkehrt, wie dies von demselben beabsichtigt sein soll. Mit König Ludwig II. würden sich auch die Könige von Württemberg und Sachsen und andere deutsche Fürsten am kaiserlichen Hofslager einfinden.

Im Bundeskanzleramt ist ein auf die Prämiens-Anleihe bezüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Reichsrathe bei seinem bevorstehenden Zusammentritte vorgelegt und nach erfolgter Genehmigung dann dem Reichstage selber in seiner ersten Sessjon unterbreitet werden soll. Der Entwurf geht von dem Grunde gedanken aus, dass die Emission jeder neuen deutschen Prämiens-Anleihe und auch die Einführung jeder ausländischen d'artigen Anleihe von einer Genehmigung des Reichstages abhängig sein soll.

Aus Versailles, 29. Jan., wird dem „B. G.“ telegraphiert: Der Eintritt in Paris ist für Personen freigegeben, dagegen ist das Herauspassieren noch besondere Beschränkungen unterworfen. Die Franzosen liefern bereits Waffen und Fahnen ab, ihre Feld-Artillerie hat innerhalb 14 Tagen die Depots zu übergeben. — Zur Ergänzung der gestern mitgetheilten Capitulations-Bedingungen ist noch folgendes zu erwähnen: Offentliche Weiche dürfen während der Dauer des Waffenstillstandes aus Paris nicht entfernt werden. Alle deutschen Kriegsgefangenen sollen sofort gegen eine entsprechende Anzahl französischer Gefangener ausgewechselt werden. Dergleichen Schiffsspitane und andere beiderseitige Gefangene vom Civil.

Die Angabe der „A. B.“, dass Lasker die Antwort des Künstlervereins an den Minister o. Mähler verfasst, wird vom „B. G.“ dahin bezeichnet, dass diese Antwort nach dem Entwurf eines Künstlers in einer Versammlung des Vereins festgestellt worden ist. Die irrtümliche Nachricht ist wahrscheinlich aus einer Verwechslung entstanden, da Rechtsanwalt Lasker den Entwurf einer Antwort bei der A. Akademie der Künste eingereicht hat. Doch scheint es noch zweifelhaft, ob dieser Entwurf seitens der genannten Körperschaft Annahme finden wird, da sich innerhalb derselben sehr verschiedene Strömungen geltend machen.

Wie in den letzten Tagen hierher berichtet worden, hat man allen Grund, mit dem Gesundheitszustande der Stadt Dijon zufrieden zu sein, Epidemien kommen fast gar nicht vor, die Fälle von Blatternfrankheit, Typhus &c. sind vereinzelt. Dagegen stellt sich ein anderer großer Übelstand heraus; auf den Schlachtfeldern sind die Toten vielfach mit einer so dünnen Erdschicht bedeckt worden, dass sie wieder zum Vorschein gelommen sind, auch Thiercadaver sind nicht tief genug verscharrt, und so seien sich die Behörden genötigt, Abhilfemaßregeln zu ergreifen.

Der gerüchteweise gemeldete Sieg einer deutschen Fregatte über zwei französische Kanonenboote wird in folgendem Bericht des „Commercio di Lima“ von Neuem erwähnt. Derselbe schreibt: Admiral Cloué von der französischen Pacificflotte macht in einem an den Capitän Gram von der peruanischen Marine gerichteten vom 21. December datirten Schreiben folgende Mittheilung über die Afrique: Der „Curieux“ welcher zu der selben Klasse von Kriegsschiffen, wie der „d'Entre Casteau“ gehört, führte 4 Bronze-Zwölfpfünder. Der „Bruix“ führte zwei Zwölfpfünder und einen Vierundzwanzigpfunder. Das preußische Kriegsschiff „Medusa“ ist mit 13 Geschützen vom schweren Kaliber versehen. Dass die französischen Kanonenboote geschlagen und in den Grund gebrochen wurden, ist somit kein Wunder. Ihre Bewaffnung socht ausgezeichnet und ließ sich, wie der Admiral sich ausdrückt, in der Ausübung ihrer Pflicht in den Grund bohren. Die französische Fregatte „Tirée“ verlor, sobald sie hiervon Nachricht erhielt, unverzüglich den Hafen von Montevideo, um die „Medusa“ aufzufuchen.

Köln, 30. Jan. Die englische Post aus London vom 30. Januar früh ist ausgeblieben.

Hamburg, 31. Januar. Der Senat hat bei der Bürgerschaft den dringlichen Antrag gestellt, die Grafen Bismarck und Moltke zu Ehrenbürgern der Stadt Hamburg zu ernennen. — Hier hat sich ein Comit gesellt, welches zu Beiträgen auffordert, um dem General Werder einen silbernen Schild zu verehren.

Oesterreich.

Wien, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdlegation stand die Berathung über das außerordentliche Ersterbnis zur Steigerung der Wehrkraft des Reiches auf den Tagesordnung. Im Laufe der Debatte befürwortete Klacko die Genehmigung des von der Regierung geforderten Betrages, damit das österreichische Heer dem preussischen nicht allzu sehr zurückstehe. Es sei sehr zweifelhaft, ob Preußen die Allianz mit Russland aufzugeben und sich mit Oesterreich verbinden werde. Dr. Giskra bekämpfte die Aeuflungen Klackos, und bezeichnete die vom Reichskanzler befürwortete Politik, welche die Bewahrung der Neutralität gelungen sei, als dankenswerth, weil die Verbündung in Oesterreich den Frieden wolle. Kuranda wendete sich ebenfalls gegen Klacko und bezeichnete die Erhaltung der Neutralität Oesterreichs als einen Act der Volkspolitik. Hierauf ergriff der Reichskanzler Graf Beust das Wort. Den Anschauungen Klackos gegenüber bezeichnete Graf Beust eine Politik der Nähe als eine solche, welche noch niemals gute Früchte getragen habe; er bekämpft jedoch die Ansicht derjenigen, welche glauben, die Besorgnis vor kriegerischer Verbündung sei nicht ein Gewiss und es liege in der Macht Oesterreichs, bedrohlichen Eventualitäten vorzubereiten: „Wir werden uns nicht Alles vermeiden, was zu einem Kriege führen kann, doch ist die Auffassung, dass die Vermeldung eines Kriegsfalles in der Hand der Regierung und der Volksvertretung liege, nicht in den Bördern und zu stellen.“ Graf Beust glaubt, dass Etagen möglich seien, in welchen über die Kriegs- oder Friedensfrage nur eine Ansicht bestehen könne. Wenn er von einer gefährlichen Besoffenheit der Tage spreche, so könnte er unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl nicht beschuldigt werden, Schwärze zu treiben, um die Annahme der Regierungsforderungen von der Delegation zu erlangen. „Unsere Politik wird die der Vorsicht der Zurückhaltung und zugleich des entschiedenen Bestrebens sein, die mit dem großen Nachbarreiche angelaufsten guten Beziehungen zu erhalten, zu verstetigen und zu vertreten. Allein wer wollte sich versetzen, den aus den letzten Ereignissen hervorgegangenen unerwarteten Gestaltungen die seinen Wünschen und Hoffnungen bestens entsprechend Grenzen

vorzuzeichnen? Unter solchen Umständen genügt es nicht, wenn ein Staat, welcher kein andres Ziel kennt als das der Selbstbehaltung, sich mit dem Bewusstsein dieses seinen Nachbarn ungefährlichen Ziels begnügt. Die Sicherheit ist erst dann eine gewisse, wenn diese Politik nicht als Ausfluss bewusster Schwäche, sondern als Ausdruck des freien Willens erkennbar ist. Wenn wir nichts unternehmen, um der Neugestaltung Deutschlands entgegenzutreten, wenn wir für diese Neugestaltung nur einen fremden Gruß, wenn wir unsere Verhältnisse zu dem andern Nachbarreiche unter Wahrung unserer Interessen, aber im versöhnlichen Geiste zu ordnen uns bemühen, wenn wir endlich uns einem dritten Staat als befreundeten, seine Unabhängigkeit achtenden Nachbar zeigten und sonst die Notwendigkeit nicht scheuten, viele und achtungswerte Gefühle im eigenen Lande verlegt zu wissen, so soll und muss man wissen, dass wir um so mehr zur Erwartung bereit sind, dass man uns am eigenen Herde unangefochten losse und uns jeder Zeit bereit finden wird diesen Herd zu verteidigen. Die kostbare Frucht der jüngsten Ereignisse ist die gleiche Erkenntnis dieser Lage und der hieraus hervorgehenden Forderungen, die sich in beiden Reichsteilen gezeigt und die hiermit begonnen: Reise des einigen und einzigen Patriotismus.“

Frankreich.

Bordeaux, 30. Jan. Die Depesche über den Abschluss des Waffenstillstandes, welche gestern durch Anschlag bekannt gemacht wurde, hat, wie das „Bureau Havas“ meldet, in vielen Städten schmerzhafte Erregung und große Beschwürung hervorgerufen. In mehreren Städten fanden Demonstrationen zu Gunsten einer Fortsetzung des Krieges bis zum Neuersten statt. In Lissieu wurde der Anschlag, durch welchen der Abschluss des Waffenstillstandes bekannt gewacht wurde, von der Volksmenge abgerissen. Nachrichten desselben Bureau aus Lyon vom 29. d. Abends melden, dass derselbe die Mitteilungen aus Paris schmerzlich berührt haben und die dortige Municipalität beschlossen hat, die energische Fortführung des Krieges zu unterstützen; eine Deputation, bestehend aus Hénon, Barodet und Vallier, ist nach Bordeaux gesandt, um in diesem Sinne zu wirken. — Aus Dijon wird vom 29. d. gemeldet, dass in der Richtung von Gray und Pesmes Verpostengeschäfte stattgefunden haben. (W. T.)

Fast sämtliche nordfranzösische Morgenblätter verlangen von der Constituante die Veranlassung eines Plebiszites über Fortsetzung des Krieges oder Friedensschluss. Auch Ostfrankreich möge von deutscher Seite zu diesem Plebiszit um so bereitwilliger zugelassen werden, als es am meisten unter den Krieg lasten leide.

Ille, 20. Jan. Die Regierung in Bordeaux bat die Weisung ertheilt, alle unterbrochenen Eisenbahnrouten mit Aufsicht aller Kräfte wieder herzustellen. Freitag hofft man bereits direct bis Toulon fahren zu können.

Italien.

Rom, 27. Jan. Die „Liberis“ veröffentlicht einen Aufruf des Pater Hyacinth an die katholischen Bischöfe. Pater Hyacinth sagt darin: Es gab zwei Absolutismen, welche auf der Kirche und der Welt lasten: das napoleonische Kaiserreich und die weltliche Herrschaft des Papstes, die nunmehr vergangen sind. Er zählt weiter die Künste der Kämpfer der Unschärbarkeit auf und weist nach, dass die Hauptfrage in Frankreich die religiöse Frage sei. Hyacinth beschwört die Bischöfe, das Schisma, welches sie gespaltet, aufzuhören zu machen; er widersetzt die Unschärbarkeit des Papstes und giebt die letzte Encyclica und den Syllabus nicht zu, indem er die Bibel als den Führer des Volkes bezeichnet; er tadeln den Missbrauch der hierarchischen Gewalt, will die Aufsicht des Körpers der Priester und schließt, indem er sagt, er wolle bei dem katholischen Glauben verbleiben, um die „Medusa“ aufzufuchen.

Joseph Mazzini will in Gemeinschaft mit Petroni in Rom ein Journal „La Roma del Popolo“ gründen.

Der Papst verarbeitet in seiner absolut zurückweisenden Haltung gegenüber allen Anträgen eines Compromisses von Seiten der weltlichen Gewalt. Er kostet sich der Beweise von Theinhaltung, welche ihm aus verschiedenen Ländern zugehen, scheint aber aus den bisherigen Verhältnissen der Unschärbarkeit doch wenig Hoffnung auf einen seinen Wünschen entsprechende Gestaltung der Verhältnisse zu schöpfen. Wenigstens antwortete er einer nach in Batican vorgetretenen Deputation aus Belgien, welche dem beiliegenden Vater eine Huldigung Adressen formulierte wider die Vergewaltigung der Kirche und zugleich für die Kasten des Peters-Pfennigs die in 200.000 Fr. bestehende erste Collekte dieses Jahres überreicht, dass das Misstrauen der Gläubigen in Belgien ihn hebt und stärkt, ein ital. T. Spchwort aber sage: etwas anderes ist vom Tode sprechen, anderes zu sterben. Unterstellt ist der Kronprinz von Italien mit Gemahlin und Kind in Rom eingetroffen und hat im Quirinal Wohnung genommen. Man ist sehr gespannt, ob der Papst das Kronprinzipal Baar wird empfangen wollen; in einem Telegramm österreichischer Blätter wird dies bezüglich der Prinzessin bejaht. Es fehlt in Rom nicht an ernsthaften Leuten, welche glauben, dass es der Eichenwürdigkeit und dem Tact der Schwiegereltern Victor Emanuels gelingen könnte, ausser beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner bemerkt, er habe bei der Führung der öst. Stadtverordneten nur gesagt, dass bei Bearbeitung von Gemeindeangelegenheiten politische Meinungen keinen Ausdruck sünden. In den vorliegenden Sache handelt es sich aber nur um eine freiwillige Ausübung dessen, was man für die Ansicht der Bürgerchaft halten möchte. Er würde es sagen, wie Dr. R., für unrecht halten, wenn nur eine besondere Parteiansicht abgelehnt werden sollte; hier käme es aber nur darauf an, dass Magistrat und Stadtverordnete, als Organ der Bürgerlichkeit, der Ansicht der großen Masse derselben bei einem so wichtigen Ereignisse Ausdruck verleihen, eine kleine Minorität, die auf anderem Standpunkte stände und abweichen würde, könne nicht in Betracht kommen. Frühere Stadtverordneten-Versammlungen hätten auch keinen Aufstand genommen, politische Adressen bei außerordentlichen Begebenheiten zu erlassen; er erinnerte beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner: Er könnte diese Beispiele noch ergänzen durch die Adresse aus dem J. 1863, bei der es sich um eine Erklärung gegegen die Politik desselben Ministers gehandelt, dessen Politik man heute Zustimmen wolle. Damals hätten die Stadtverordneten, von der Regierung die Antwort erhalten, dass sie sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern hätten. Dies sei freilich Anteile, sondern immer nur auf Anregung des Magistrats durch solche Adressen mit Politik beschäftigt. Leider scheint der Magistrat heute schon wieder anderer Ansicht zu sein. Zur Erörterung politischer Prinzipien gehe aber der Papst durch seinen Antrag an. Wohl solle es führen, wenn hier etwa die Adresse Sag für Sag durchgekämpft, und bei jedem die verschiedenen politischen Ansichten sich hier anstrengen sollten? Damit würde die Verammlung aus ihrer Thätigkeit herausstreten. Dergleichen gehöre in eine politische Parteierversammlung. Dr. R. Ling bemerkt, er habe bei der Führung der öst. Stadtverordneten nur gesagt, dass bei Bearbeitung von Gemeindeangelegenheiten politische Meinungen keinen Ausdruck sünden. In den vorliegenden Sache handelt es sich aber nur um eine freiwillige Ausübung dessen, was man für die Ansicht der Bürgerlichkeit halten möchte. Er würde es sagen, wie Dr. R., für unrecht halten, wenn nur eine besondere Parteiansicht abgelehnt werden sollte; hier käme es aber nur darauf an, dass Magistrat und Stadtverordnete, als Organ der Bürgerlichkeit, der Ansicht der großen Masse derselben bei einem so wichtigen Ereignisse Ausdruck verleihen, eine kleine Minorität, die auf anderem Standpunkte stände und abweichen würde, könne nicht in Betracht kommen. Frühere Stadtverordneten-Versammlungen hätten auch keinen Aufstand genommen, politische Adressen bei außerordentlichen Begebenheiten zu erlassen; er erinnerte beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner: Er könnte diese Beispiele noch ergänzen durch die Adresse aus dem J. 1863, bei der es sich um eine Erklärung gegegen die Politik desselben Ministers gehandelt, dessen Politik man heute Zustimmen wolle. Damals hätten die Stadtverordneten, von der Regierung die Antwort erhalten, dass sie sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern hätten. Dies sei freilich Anteile, sondern immer nur auf Anregung des Magistrats durch solche Adressen mit Politik beschäftigt. Leider scheint der Magistrat heute schon wieder anderer Ansicht zu sein. Zur Erörterung politischer Prinzipien gehe aber der Papst durch seinen Antrag an. Wohl solle es führen, wenn hier etwa die Adresse Sag für Sag durchgekämpft, und bei jedem die verschiedenen politischen Ansichten sich hier anstrengen sollten? Damit würde die Verammlung aus ihrer Thätigkeit herausstreten. Dergleichen gehöre in eine politische Parteierversammlung. Dr. R. Ling bemerkt, er habe bei der Führung der öst. Stadtverordneten nur gesagt, dass bei Bearbeitung von Gemeindeangelegenheiten politische Meinungen keinen Ausdruck sünden. In den vorliegenden Sache handelt es sich aber nur um eine freiwillige Ausübung dessen, was man für die Ansicht der Bürgerlichkeit halten möchte. Er würde es sagen, wie Dr. R., für unrecht halten, wenn nur eine besondere Parteiansicht abgelehnt werden sollte; hier käme es aber nur darauf an, dass Magistrat und Stadtverordnete, als Organ der Bürgerlichkeit, der Ansicht der großen Masse derselben bei einem so wichtigen Ereignisse Ausdruck verleihen, eine kleine Minorität, die auf anderem Standpunkte stände und abweichen würde, könne nicht in Betracht kommen. Frühere Stadtverordneten-Versammlungen hätten auch keinen Aufstand genommen, politische Adressen bei außerordentlichen Begebenheiten zu erlassen; er erinnerte beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner: Er könnte diese Beispiele noch ergänzen durch die Adresse aus dem J. 1863, bei der es sich um eine Erklärung gegegen die Politik desselben Ministers gehandelt, dessen Politik man heute Zustimmen wolle. Damals hätten die Stadtverordneten, von der Regierung die Antwort erhalten, dass sie sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern hätten. Dies sei freilich Anteile, sondern immer nur auf Anregung des Magistrats durch solche Adressen mit Politik beschäftigt. Leider scheint der Magistrat heute schon wieder anderer Ansicht zu sein. Zur Erörterung politischer Prinzipien gehe aber der Papst durch seinen Antrag an. Wohl solle es führen, wenn hier etwa die Adresse Sag für Sag durchgekämpft, und bei jedem die verschiedenen politischen Ansichten sich hier anstrengen sollten? Damit würde die Verammlung aus ihrer Thätigkeit herausstreten. Dergleichen gehöre in eine politische Parteierversammlung. Dr. R. Ling bemerkt, er habe bei der Führung der öst. Stadtverordneten nur gesagt, dass bei Bearbeitung von Gemeindeangelegenheiten politische Meinungen keinen Ausdruck sünden. In den vorliegenden Sache handelt es sich aber nur um eine freiwillige Ausübung dessen, was man für die Ansicht der Bürgerlichkeit halten möchte. Er würde es sagen, wie Dr. R., für unrecht halten, wenn nur eine besondere Parteiansicht abgelehnt werden sollte; hier käme es aber nur darauf an, dass Magistrat und Stadtverordnete, als Organ der Bürgerlichkeit, der Ansicht der großen Masse derselben bei einem so wichtigen Ereignisse Ausdruck verleihen, eine kleine Minorität, die auf anderem Standpunkte stände und abweichen würde, könne nicht in Betracht kommen. Frühere Stadtverordneten-Versammlungen hätten auch keinen Aufstand genommen, politische Adressen bei außerordentlichen Begebenheiten zu erlassen; er erinnerte beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner: Er könnte diese Beispiele noch ergänzen durch die Adresse aus dem J. 1863, bei der es sich um eine Erklärung gegegen die Politik desselben Ministers gehandelt, dessen Politik man heute Zustimmen wolle. Damals hätten die Stadtverordneten, von der Regierung die Antwort erhalten, dass sie sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern hätten. Dies sei freilich Anteile, sondern immer nur auf Anregung des Magistrats durch solche Adressen mit Politik beschäftigt. Leider scheint der Magistrat heute schon wieder anderer Ansicht zu sein. Zur Erörterung politischer Prinzipien gehe aber der Papst durch seinen Antrag an. Wohl solle es führen, wenn hier etwa die Adresse Sag für Sag durchgekämpft, und bei jedem die verschiedenen politischen Ansichten sich hier anstrengen sollten? Damit würde die Verammlung aus ihrer Thätigkeit herausstreten. Dergleichen gehöre in eine politische Parteierversammlung. Dr. R. Ling bemerkt, er habe bei der Führung der öst. Stadtverordneten nur gesagt, dass bei Bearbeitung von Gemeindeangelegenheiten politische Meinungen keinen Ausdruck sünden. In den vorliegenden Sache handelt es sich aber nur um eine freiwillige Ausübung dessen, was man für die Ansicht der Bürgerlichkeit halten möchte. Er würde es sagen, wie Dr. R., für unrecht halten, wenn nur eine besondere Parteiansicht abgelehnt werden sollte; hier käme es aber nur darauf an, dass Magistrat und Stadtverordnete, als Organ der Bürgerlichkeit, der Ansicht der großen Masse derselben bei einem so wichtigen Ereignisse Ausdruck verleihen, eine kleine Minorität, die auf anderem Standpunkte stände und abweichen würde, könne nicht in Betracht kommen. Frühere Stadtverordneten-Versammlungen hätten auch keinen Aufstand genommen, politische Adressen bei außerordentlichen Begebenheiten zu erlassen; er erinnerte beispielweise an die bei Ausbruch der Kriege von 1866 und 1870 abgesandten Adressen. Dr. Rödner: Er könnte diese Beispiele noch ergänzen durch die Adresse aus dem J. 1863, bei der es sich um eine Erklärung gegegen die Politik desselben Ministers gehandelt, dessen Politik man heute Zustimmen wolle. Damals hät

